

Der Maler

Organ des Verbandes der

Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Der Kampf gegen die Armut.

Man hat der mit so großen Hoffnungen ins Leben getreten und dann fast sang- und klanglos verlaufenen Weltwirtschaftskonferenz mit Recht den Vorwurf gemacht, sie über theoretische Erörterungen der Ursachen unserer tiefsten Wirtschaftsverhältnisse nicht hinausgekommen. So sollte nach der Tagesordnung auch das Problem Kaufkraftmangels als Hauptgrund für die Abwärtsentwicklung erörtert werden, und die Vertreter der Teilnehmer haben sich die redlichste Mühe gegeben, dieser wichtigen Frage die gebührende Aufmerksamkeit zuzuwenden. Zwar betonte die Industriekommission in ihrem Bericht, daß die allgemeine Verarmung Europas und Kaufkraftverminderung nach dem Kriege ein nicht unbilliger Grund für die Absatzschwierigkeiten gewesen sei; man hat aber in der bekannten Vogelstraußmanier die Notwendigkeit ausreichender Löhne und höherer sowie von Sozialleistungen mit dem Hinweis abgelehnt, daß diese Forderungen keine weltwirtschaftlichen, sondern nur national zu lösende Probleme seien. Da es einleuchtend ist, daß bei ausreichender Kaufkraft der Verbraucher — und das sind in allen Ländern in der ersten Linie die Arbeitnehmer — sich ganz andere Möglichkeiten für den internationalen Warenaustausch eröffnen würden, erscheint es uns angebracht, die gegenwärtigen Verhältnisse unter dem Szepter der heutigen Weltwirtschaftspolitik darzulegen und kritisch zu beleuchten.

Es wurde wohl der Verarmung Europas Erwähnung getan, doch veräumte man, neben der Armut Europas allgemein, vor allem diejenige in den osteuropäischen und überseeischen Ländern hervorzuheben. Und doch ist auch weltwirtschaftlich von größter Bedeutung. Man darf davon, daß die Agrarländer ihre Produkte infolge der geringen Kaufkraft des europäischen Proletariats nicht absetzen können — die andere, nicht weniger wichtige Seite, weshalb jene Agrarländer nicht in der Lage sind, unsere Industrieprodukte zu kaufen, ist aber unberücksichtigt geblieben, obwohl dafür nicht allein die verminderte Aufnahmefähigkeit des europäischen Industrieproletariats für überseeische Agrarprodukte verantwortlich ist, auch nicht die Industrialisierung der überseeischen Länder, wie so manche glauben. Diese Industrialisierung ist in den meisten überseeischen Ländern bisher nur langsam fortgeschritten. Sie bedarf außerdem einer umfangreichen Einfuhr von Maschinen und Rohstoffen, das heißt, von den alten Industrieländern vorläufig noch beschaffen zu werden. Vor allem hat aber das neue Industrieproletariat in jenen Industrieländern größere Bedürfnisse und Ansprüche als der im Ackerbau oder auf den Plantagen beschäftigte Kuli, Ansprüche, deren Befriedigung ohne Heranzug der ausländischen Produktion, das heißt, ohne Einfuhr, nicht möglich wäre. Nicht die Industrialisierung der Überseeeländer verursacht die europäische Armut, so sehr auch einzelne Industriezweige — zum Beispiel die englische Textilindustrie — darunter leiden. Der Feind des europäischen Proletariats, der ihm die Beschäftigung nimmt, ist die Armut und die Ausbeutung in den überseeischen Ländern. Diese sind dafür verantwortlich, daß riesige Volksmassen nicht in der Lage sind, menschenwürdig zu leben und zu diesem Zweck europäische Industrieprodukte heranzuziehen — sie können ihre Bedürfnisse, selbst die bescheidensten, nicht befriedigen, ja, Armut und der damit verbundene kulturelle Tiefstand ist ihnen nicht einmal das Entstehen dieser Bedürfnisse. Die billige Kuliarbeit nimmt dem Unternehmer den Zwang zur Verbesserung der Produktion: so wird wenig und trotz niedriger Löhne teuer produziert. Das Produkt verwandelt sich zum großen Teil in Untererträge und dient dem Luxuskonsum der europäischen und überseeischen Kapitalisten. Insofern der Profit angelegt wird, kann die zunehmende Produktion bei der geringen Kaufkraft der überseeischen und europäischen Arbeiter keinen Absatz finden. Von der unsag-

baren Armut der großen Volksmassen in einer Anzahl von Ländern hätte auf der Weltwirtschaftskonferenz gesprochen werden müssen, wenn man den letzten Grund für die Absatzschwierigkeiten der Weltwirtschaft aufzeigen wollte. Die Erörterung dieser Fragen wäre aber nicht möglich gewesen, ohne die koloniale Ausbeutung zu brandmarken, ja ohne politische Fragen — Mandatssystem, Fragen des Imperialismus — einzubeziehen. Die Behandlung dieser Fragen hätte aber die Konferenz ohne Zweifel gesprengt. Um so mehr ist die Arbeitererschaft verpflichtet, auf diese wichtigste Quelle der Weltwirtschaftskrise, auf die ungeheure Armut ganzer Völker, hinzuweisen.

Kürzlich erschien ein Buch des englischen Chinafachverständigen Melon über die Armut in China. Ein gründlicher Kenner der chinesischen Verhältnisse schildert darin die erschütternde Not und das Elend dieses auf einer hohen Stufe der Kultur stehenden vierhundertmillionenvolken, ein Elend, wovon man in Europa nur unklare Vorstellungen hat. Diese Armut ist aber kein unabänderliches Schicksal, die ausländischen Mächte und das ausländische Kapital tragen vielmehr ihr gerütteltes Maß Schuld daran. Eine geregelte Produktion bedarf einer gesicherten staatlichen Verwaltung; sie bedarf der Transportmittel. China wurde durch europäisch-amerikanische Ränkespiele an der Errichtung eines einheitlichen Verwaltungsgebietes, an dem Ausbau eines Transportnetzes gehindert; es wurde seiner Zollautonomie beraubt, wodurch der Aufbau einer chinesischen Industrie — welche unseres Erachtens zu einer Zunahme der europäischen Ausfuhr hätte führen müssen — verzögert wurde. China ist heute für die europäische Ausfuhr ein unbedeutendes Gebiet, und noch unbedeutender ist diese Ausfuhr, wenn man die auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Quote berechnet — kein einziges Land hat eine so niedrige Einfuhr wie das „zollfreie“ China.

Ähnlich sind aber auch die Zustände in andern Kolonialländern. Diese waren bisher in Europa ziemlich unbekannt; erst in der letzten Zeit erhalten wir zuverlässige Informationen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in jenen Ländern. Was man dort über Indien, wo die Löhne fast so niedrig sind wie in China, zu lesen bekommt, über Hollandisch-Indien, wo das Elend und die Ausbeutung die Bevölkerung zu hellem Aufbruch trieb, über Mesopotamien, dessen Volkkapital eine schier grenzenlose Ausbeutung der eingeborenen Bevölkerung betreibt, über Südafrika, wo die Landarbeiter und die Sklaven der Gold- und Diamantengruben im größten Elend schmachten, was man weiter von der Zwangsarbeit, als einer weitverbreiteten kolonialen Einrichtung erfährt, liefert bereits ein umfangreiches konkretes Material über das Ausmaß des kolonialen Elends als Folge der Ausbeutung. In Argentinien herrscht, trotzdem dieses Land unter dem Weltkrieg nicht gelitten hat und sein Boden mit einer unerhörten Fruchtbarkeit gesegnet ist, eine dauernde Wirtschaftskrise. Den Grund dafür bildet, nach zuverlässigen Darstellungen, das Elend des vom Großgrundbesitz ausgebeuteten Landproletariats, das keine Kaufkraft für die Aufnahme von Industrieprodukten besitzt. Endlich — um das russische Problem hier nur zu streifen — bildet auch für die Obergangsperiode des russischen Außenhandels die Armut der Bevölkerung den Hauptgrund. Allerdings ist hier die Lage etwas anders: der russische Bauer, der sich während der zaristischen Herrschaft nie sattelfrei konnte, verzehrt heute einen großen Teil seines Getreides selbst, weshalb weniger Getreide und andere Lebensmittel ausgeführt und dementsprechend — da ausländische Anleihen für Rußland nicht zur Verfügung stehen — wenig eingeführt werden kann. Indessen ist auch hier die weitere Hebung der Volkskaufkraft durch die Entfaltung der Produktivkräfte die Voraussetzung dafür, daß Rußlands Einbeziehung in die Weltwirtschaft erfolgen kann. Nicht das russische Außenhandelsmonopol, die russische Armut ist für den geringen Umfang seines Ausfuhrhandels verantwortlich.

Professor Bergsträsser, ein deutscher Gelehrter, hat die politische Entwicklungslinie folgendermaßen gezeichnet: Erwachen des nationalen Bewußtseins — Erkämpfung des Selbstbestimmungsrechts — Eingliederung in die Weltwirtschaft — Lösung der sozialen Frage. Wir sind heute von der Verwirklichung der letzten dieser Etappen noch weit entfernt. Die Lösung der sozialen Frage, worunter wir nur den Sozialismus verstehen können, ist noch ein Zukunftsideal. Wir sehen aber, daß selbst die Eingliederung in die Weltwirtschaft nur möglich ist, wenn gleichzeitig die soziale Lage der Völker gehoben wird.

Konjunkturbericht vom Monat Juli.

In auffallendem Gegensatz zu den optimistischen Auffassungen der Dresdner Bank über die günstigen Konjunkturaussichten für Monat August, der wir in der letzten Nummer des „Maler“ unter Arbeitslosenstatistik Raum gaben, steht die in letzter Zeit besonders in der von Unternehmern inspirierten bürgerlichen Presse geliebte Flaumacherlei. Wir können uns des Eindrucks nicht ganz entziehen, daß die ungünstigen Prophezeiungen zum Teil der Furcht entspringen, daß die Arbeiterschaft bei der Aussicht auf längeren Bestand ihre Löhne der vorangegangenen Ueberforderung anzupassen versuchen könnte. Sollte das wirklich der Grund für das auffallende Verhalten sein, dann ist diese Handlungsweise gar nicht scharf genug zu verurteilen. Denn viele für den allgemeinen Bedarf produzierende Unternehmungen lassen sich durch diese Vorauslagen leider ins Bockshorn jagen, wodurch zum mindesten eine vorzeitige Beunruhigung unseres immer noch erholungsbedürftigen Wirtschaftslebens eintritt.

Tatsache ist, daß auf dem Baugeldmarkt eine Verschlechterung eintrat. Es ist aber durchaus verfehlt, diese Zurückhaltung als Gradmesser für die allgemeine Wirtschaftslage zu deuten. Sie dürfte vornehmlich darauf zurückzuführen sein, daß bei dem vermehrten Kapitalbedarf der mit Aufträgen noch reichlich versehenen Industrie bei der Anlage in Industriewerten ein schnellerer Umsatz und bei dem ohnehin höheren Zinssatz ein wesentlich höherer Gewinn winkt, als es bei langfristigen Baugeldern, mit allerdings größerer Sicherheit, der Fall ist. Im übrigen ist das Zurückstellen der Frühjahrsvorhaben zurückzuführen. Verschiedene Städte haben gerade in allerletzter Zeit noch große Bauvorhaben mit Tausenden von Wohnungen beschlossen. Die bevorzugte Lage der Eisen- und Stahlerzeugung für den Baumarkt, der Zement- und anderer Industrien dürfte dadurch auch weiter bestehen bleiben.

Für unser Malergewerbe sind übrigens trotz der engen Verbundenheit vielfach andere Ursachen für das Aufkommen oder Abflauen eines guten Geschäftsjahres maßgebend, wie beim eigentlichen Baugewerbe. Spielt doch der Preis für die Ausführung von Malerarbeiten an Neubauten im Vergleich zu den Baukosten überhaupt nur eine untergeordnete Rolle. Er fällt um so weniger ins Gewicht, wenn — wie in neuerer Zeit bei den Massenwohnungen — für die Ausschmückung der Wohnräume mehr als spartanische Einfachheit, nicht selten sogar eine geradezu ärmliche Nüchternheit vorherrscht. Dadurch ist das Malergewerbe heute noch viel mehr als früher auf Privat- und Renovierungsarbeiten angewiesen. Hier müßte sich allerdings die allgemeine Wirtschaftslage insofern auswirken, als erhöhte Einnahmen der Geschäftswelt, der Haus- und Grundbesitzer oder der Inhaber eigener Wohn- und Geschäftsräume unserm Gewerbe größere Aufträge bringen sollten. Aber gerade hier verhalten sich besonders die Hausbesitzer trotz der eingetretenen Mieterhöhungen ablehnend, so lange die Mieter durch die Wohnungsnot auf Gnade und Ungnade in ihre Hände gegeben sind. Bei den gegenwärtigen Verhältnissen ist auch eine geringe Zu- oder Abnahme der Arbeitsuchenden noch kein zuverlässiger Gradmesser für den Gang der Wirtschaft. Denn die große Zersplitterung im Malergewerbe, die Uebersehung mit Kleinmeisterern und Scheinerfahrungen bringt es mit sich, daß sogar eine sonst nebensächliche Ursache, etwa eine mehrtägige Regenperiode, den Arbeitsmarkt für eine Reihe von Tagen ungünstig zu beeinflussen vermag. Das ist nur möglich, weil dauernd eine genügende Zahl von Arbeitskräften zur Verfügung steht und sich einzelne Unternehmer, in ihrer Rücksichtslosigkeit bei Entlassungen, von keinerlei Hemmungen wegen eines Erlasses im Bedarfsfalle beschwert fühlen.

Die Zahl der Unternehmer, die jahrein jahraus nur mit Lehrlingen arbeiten, ist Legion. Dennoch zeigt unsere Erhebung, an der für Ende Juli 124 Betriebe aus 39 Orten des ganzen Reichsgebietes beteiligt sind, im Gegensatz zu der, wenn auch nur geringen Verschlechterung auf dem baltischen Arbeitsmarkt, noch eine Besserung gegen den Vormonat, und zwar sowohl absolut wie auch relativ. So

Ist die Zahl der Beschäftigten pro Betrieb im Durchschnitt von 42,7 auf 44,4 gestiegen; die Beurteilung des Beschäftigungsgrades ist ebenfalls günstiger, wenn auch etwas zurückhaltender als im Mal. Nachstehende Tabelle gewährt einen guten Ueberblick über die Entwicklung seit Juni 1926.

Table with columns: Am Ende des Monats, Der Beschäftigungsgrad wurde beurteilt mit (sehr gut, gut, befriedigend, schlecht), and rows for months from June 1926 to July 1927. Columns include Betriebe, Beschäftigten, and percentages.

Nach unsern Ermittlungen wurden im Laufe des Monats von 67 Betrieben 644 Kollegen neu eingestellt (gegen 678 von 69 Betrieben) und von 75 Betrieben 340 Kollegen entlassen (gegen 588 von 84 Betrieben im Juni). Wir glauben nicht schlugreifen, wenn wir für die nächsten Wochen nur mit unwesentlichen Schwankungen für das Baualergerwerbe rechnen.

Soweit die Industriegruppen in Frage kommen, an denen unsere Lackiererkollegen interessiert sind, finden unsere einleitenden Ausführungen eine Stütze in den Veröffentlichungen des Reichsstatistischen Amtes und des Instituts für Konjunkturforschung. Beide kommen auf Grund ihrer Beobachtungen zu einem wesentlich besseren Ergebnis, wie die „öffentliche Meinung“ fabrizierenden Organe bestimmter Unternehmer. Da wird eine fast gleichgebliebene Anforderung für den Kohlenbedarf, immer noch steigende Warentransporte der Reichsbahn und eine, auch in der ersten Augustwoche noch anhaltende Besserung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt festgestellt.

Löhne in Sowjetrußland.

Lebt der russische Arbeiter gegenüber früher besser und ist sein Los ein besseres als das seiner westeuropäischen Arbeitsbrüder? Viele schildern Rußland als Land des Sozialismus und preisen den Leninismus, der es fertigt, dem Marxismus Leben zu geben. Unter diesen befinden sich auch mit kleinen Ausnahmen fast alle Rußlanddelegierten der ersten und zweiten Delegation sowie auch der Jugend- und Frauendelegation, während Volkswirtschaftler aller Parteien und aus allen Ländern, die durchschnittlich 6 Monate Rußland studierten, gegenüber den 7 Wochen der Arbeiterdelegation im Wohnwagen, ein ganz anderes Bild von Rußland zeigen.

Vor dem Kriege war der ungelernete Arbeiter Rußlands der schlechtestbezahlte Europas, aber auch der gelernte stand — wenn auch bedeutend besser als der ungelernete — in keinen glänzenden Verhältnissen. Es ist deshalb leicht verständlich, daß diese ungelerneten Arbeiter die Kerntruppe der russischen Revolution und des Bürgerkrieges bildeten. Sie kämpften um ihre Menschenrechte, die ihnen unter dem Zarismus nicht wurden, und glaubten, die Morgenröte einer neuen Zukunft zu sehen. Sie glaubten den Versprechungen der Bolschewiki und der von Lenin herausgegebenen Parole: Gleicher Lohn für alle!, stürzten die provisorische Regierung Kerenski und wollten dann ihr Wunderland aufbauen. Der Bürgerkrieg wurde für die Kommunisten siegreich beendet, der Kriegskommunismus hatte abgewirtschaftet. Lenin machte nun das, was 1919 die Sozialdemokraten — damals durften sie noch legal arbeiten — forderten, nämlich er trat ein für die „Neue ökonomische Politik“ (Nep.). Wenn auch nicht alle Theesen wirklich übernommen und in die Tat umgesetzt wurden, so wurde doch besonders in der Frage der Lohnpolitik wesentlich von diesen Theesen abgewichen.

Während des Bürgerkrieges sank der Lohn der russischen Arbeiter auf Null. Die Fabriken waren zerstört und in vielen Fällen die maschinellen Einrichtungen zerstört. Zur Wiederherstellung wären Geldsummen nötig gewesen, die Rußland nicht besaß. Konzessionen an das ausländische Kapital mußten gemacht werden. 4 % der gesamten Industrie ist heute staatskapitalistische oder Konzessionsindustrie. Dazu kommen noch die Betriebe, die zur Zeit noch in Händen des russischen Privatkapitals sind. Allerdings dürfen mehr als 80 Arbeiter in diesen Betrieben nicht beschäftigt werden.

Langsam kam die Industrie zum Leben. Das ausländische Kapital arbeitete. Die Produktion hat bis heute den Vorkriegsstand erreicht und soll durch den immer stärker einschneidenden Rationalisierungsprozeß bald überholt werden. Da wäre es nun eigentlich an der Zeit, dem ungelerneten Arbeiter einen kleinen Teil der Versprechungen und Hoffnungen zu erfüllen. Wenn auch nur aus dem Gefühl der Dankbarkeit heraus.

Aber — aber!! Das Wort in Rußland führt der gelernte Arbeiter, der Facharbeiter und Spezialist; diejenigen Arbeiter, die während des Bürgerkrieges und der Hungersnot ins Dorf gingen. Aber je mehr alte Betriebe arbeiteten, desto fühlbarer wurde der Mangel an gelernten Arbeitern, und diese große Nachfrage mußten sie weidlich aus. Nachdem sie von den russischen Gewerkschaften gute Löhne und besondere Vergünstigungen verschiedener Art gefordert und auch bewilligt erhalten hatten, kamen sie zurück. Sie verstanden es aber auch, ihre Macht zu behaupten. Während der Lohn der gelernten Arbeiter durch die Akkordarbeit stieg, da es eine Grenze nach oben nicht gibt, blieb der Lohn der russischen ungelerneten Arbeiter, als er 80 und in einigen Fällen auch 100 % des Standes von 1913 erreicht hatte, stehen.

Das Traurige an dem Kapitel ist aber, daß der Gelehrte seinen hohen Lohn fordern kann, ihn auch bekommt — und das, was er mehr bekommt, erhält der Ungelernte weniger! In die Augen springend ist die ungeheure Spanne zwischen den Löhnen der gelernten und ungelerneten Arbeiter. Ganz ungeheuerlich ist es, was man dem Ungelernten bietet. Der Ausgleich der Löhne ist in Rußland nicht tat geworden, sondern die Differenz der Löhne ist auf die äußerste Grenze gespannt. Die gelernten Arbeiter — die an Zahl nur sehr gering sind — bilden in Rußland eine Arbeiteraristokratie, die weit, weit von dem eigentlichen Arbeiterheer getrennt ist.

So erhält heute ein in der Großindustrie beschäftigter Fensterglasarbeiter 150 bis 200, ein Walzendreher 90, ein Maschinist 110, ein Former 45 und ein Leinendrucker 48 Rubel monatlich. Dadurch, daß der russische Arbeiter durch die Akkordarbeit seinen Lohn nach oben beliebig erhöhen kann, sind Löhne für gelernte Arbeiter von 180 bis 200 Rubel monatlich auch keine Seltenheit. Wesentlich niedriger sind die Löhne in den andern Industriezweigen. Im Verkehrswesen verdient zum Beispiel ein Straßenbahnwagenführer 50 Rubel und ein Eisenbahnbeamter 40 bis 50 Rubel monatlich.

Maßgebend sind diese Löhne aber nur für die gelernten Arbeiter der beiden Hauptstädte Moskau und Leningrad. Je weiter man nach Osten kommt, desto niedriger wird der Lohn. Bei den Bauhandwerkern hatten wir bis Irkutsk eine Lohnschwankung gegenüber Moskau von 45 % festgestellt. Man kann nun annehmen, daß durch die billigere Lebenshaltung hier ein Ausgleich geschaffen wurde. Dem ist aber nicht so. Wohl sind die Lebensmittel billiger, aber dafür die Textil- und Lederwaren erheblich teurer. Nach Angaben der Statistik der russischen Gewerkschaften (Statistika Truda) ist die Lebensweise in einzelnen Bezirken um 20, in andern nur um 15 % billiger als in Moskau.

Der Höchstlohn, den ein russischer ungelerneter Arbeiter erreichen kann, beträgt 36 Rubel monatlich. Aber in den seltensten Fällen wird dieser erreicht. Während ein Maschinist 110 Rubel bekommt, erhält sein Schmierer und Oeler nur 21 Rubel monatlich. Ein ungelerneter Arbeiter in einer Glashütte erhält 28 Rubel, genau denselben Satz die Arbeiterinnen, die, im Gegensatz zu Deutschland, noch an den Oefen beschäftigt werden. Eine Kohlenabladerein erhielt im Akkord nur 13 Rubel (Hüttenwerk Nadsejinsk im Ural). Ein Straßenreiniger erhält 16, der Gehilfe eines Formers 16 bis 20 und ein Weichensteller bei der Straßenbahn, in den meisten Fällen Frauen, 22 Rubel monatlich. Der Lebenshaltungssindex ohne Wohnung und Kleidung beträgt in Rußland 36,72 Rubel. Auf die wiederholt gestellten Fragen, ob es ihnen möglich sei, mit diesem Lohn auszukommen, wurde dieses stets verneint. Nach der zweiten Lohnzahlung im Monat, die Zahlung erfolgt am 1. und 15., müssen sie schon stets Vorstoß fordern. Mittagessen gibt es nur einen um den andern Tag. Sonst leben sie von trockenem Brot und rohen oder Salzgurken dazu. In tausend verschiedenen Fällen wurde das in fast allen Städten beobachtet.

Dann aber muß noch bedacht werden, daß in der Industrie fast alles Akkordarbeit ist. „Akkord ist Mord“, sagen wir, und unsere Kommunisten können über den Verrat der „Gewerkschaftsboszen“ nicht genug schreien. In Rußland steht diese Akkordarbeit in voller Blüte. Allerdings ist sie dort mit dem „Deckmantel der Liebe“ umgeben. „Zur Steigerung der Produktion“ wurde sie eingeführt. Mag möglich sein! Aber dann muß die Akkordnorm so festgesetzt sein, damit der einzelne Arbeiter seine Arbeitskraft nicht auspumpen muß, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Die Norm ist aber dort so gering festgesetzt, daß der Arbeiter das Zwei- und Dreifache seiner gewöhnlichen Arbeitskraft aufwenden muß, um monatlich wenigstens einen einigermaßen ausreichenden Arbeitsverdienst zu erhalten. „Akkord ist Mord“ kann auf die Arbeiter der Industrie Rußlands vollinhaltlich angewendet werden. Es ist ein Antreibersystem, wie wir es in den kapitalistischen Staaten selten finden.

Froh ist aber der ungelernete Arbeiter noch, wenn er nur seine Arbeit behält — wenn auch für hargen Lohn. Ein Millionenheer Arbeitsloser wartet auf jede freie Stelle. Täglich nimmt der Strom der Zuwanderung vom Dorf zur Stadt zu. Die dritte Klasse der Bauern, die „armen Bauern“, die ihr Land an die „Kulaken“ verpachten müssen, verdingen sich als Arbeiter an diese. Da aber die 4 % Kulaken nicht 32 % arme Bauern mit Familie einstellen können, ziehen diese zur Stadt. Hier erwarten sie Arbeit. Mittellos kommen sie an! Obdachlos! Ja, es gibt schon Heime, aber nicht genug! Was dann? Keine Schlafstelle, kein Geld und auch keine Arbeit! Die Stadt hat ihre Hoffnungen nicht erfüllt. Zurück können sie auch nicht wieder, da dort die gleichen Verhältnisse sind. Leben wollen sie und müssen sie! Es bleibt ihnen nichts anderes übrig als zu — betteln. Dann steht man sie in den Straßen stehen oder in der Mitte des Bürgersteiges sitzen, den Hut in der Hand. Abgehärmte, ausgehungerte Gestalten! Und es geben so wenige. Die andern haben ja auch nicht viel, auch nur das Nötigste.

Dann kommt die Nacht. Die lange Nacht für denjenigen, der kein Bett hat. In den Haustüren, in den Lorgehängen liegen sie, zusammengekrümmt und verschlafen ihre Sorgen. Träumen vielleicht von einem besseren morgen. Liebe Leser! Habt Ihr schon Menschen stehend schlafen sehen? Ich glaube, nein. Ich sah es auch zum ersten Male in Moskau. An den vielen Zigarettenkiosken in den Hauptstraßen standen sie angelehnt und schliefen. Ließen sich durch den Verkehr nicht stören. Schliefen so fest, als ob sie dabei im Bett lagen. Auch in den Teerkesseln in Moskau lagen sie — und keiner kümmerte sich darum.

Das ist der Erfolg der Lohnpolitik in Rußland. Der eine im Ueberfluß — der neue Aristokrat — der andere, und gerade der, der während der Revolution mit heroischem Mut für die Erhebung eines neuen Staates kämpfte, bekommt fast nichts! Die Versprechungen auf Einführung eines gleichen Lohnes für alle waren eben nur — Versprechungen.

Diese ungesunde Lohnpolitik wird von einigen Gewerkschaftern Rußlands bereits erkannt. Sagt doch Njasanow

zum Punkt „Gewerkschaftsarbeit“ auf dem 14. Parteitag der A.P. der Sowjetunion: „Daß sich in Rußland eine „Arbeiteraristokratie“ herabzubilden, die jene privilegierte Lage erhalten will, die sich durch die besonderen Entwicklungsverhältnisse der kapitalistischen Industrie im Rußland herausgebildet hatte. Die Partei muß sagen, werden eine neue Lohnskala aufstellen, wir werden betonen, daß in dieser Lohnskala das Lohnminimum, Existenzminimum sei.“

Vielleicht wird nun noch oft der Fehler gemacht, Rubel mit 2,16 M zu multiplizieren. Das ist aber falsch. Ein Rubel hat im Inlande nur die Kaufkraft einer deutschen Reichsmark oder, um mit der Statistik Truda zu reden, 1 Rubel = 57 Kop. Ein Vergleich mit den russischen Preisen zeigt dieses. Drei Pfund Brot kosten in Moskau 50 Kopeken, bei uns 3; ein Pfund Salz 7 Kopeken, bei uns 8; die blaue Bluse — wir bezeichnen sie als Lappen — 6 Rubel, bei uns 2 M; ein Kragenknopf 20 Kopeken, bei uns 2 Stück; ein Paar Schuhe 20 bis 30 Rubel, bei uns von 12 bis 20 M. Nach Rußland, „dem Wunderland des Kommunismus“ braucht ein deutscher Arbeiter nicht mit Reid zu leben. Wenn der russische Arbeiter auch gegen 1913 ein besserer lebt, gegenüber den westeuropäischen Arbeitern er immer noch fünf- bis sechsmal schlechter. Wenn deutschen Arbeitern etwas anderes erzählt wird, dann den ihnen eben Potemkinsche Dörfer vorgelegt. Aber teilsfähige Arbeiter werden sich hüten, geschminkte Beweise zu würdigen.

Aus unserm Beruf

Breslau. Nach mehrmaligen Verhandlungen der Fellen vor dem hiesigen Schlichtungsausschuß und zuletzt dem Schlichter ist für Schlesien ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen worden. Wir werden im nächsten „M“ darüber noch näher berichten.

Zur Feier des 25jährigen Verbandsjubiläum. Filiale Kattowitz hatten sich die Mitglieder mit ihren mitgenangehörigen am 24. Juli im Zentral-Hotel zu wöchigen Festversammlung zusammengefunden. Nach leitenden Gesangsvorträgen der „Freien Sänger“ die Vorsitzende, Kollege Schaf, die erschienenen Kollegen und Gäste herzlich willkommen und gab dann in Umrissen einen Rückblick auf die Schwierigkeiten bei Gründung unserer Organisation. Er schilderte den Verlauf als Nachfaktor in dem schweren Lebenskampf der Arbeiterklasse, beleuchtete die Verhältnisse bei der Uebernahme unseres Gebietes durch Polen und erwähnte die Anstrengungen, auch weiterhin zusammenzubehalten und unentwegt unsern Verband zu wirken. Im weiteren Verlauf der Versammlung sprach der Jubilar Skornia und Genosse Hanisch die Bedeutung der Organisation für die wirtschaftliche, kulturelle Hebung der Arbeiterklasse. Zum Schluß der feierlichen Feier überreichte der Vorsitzende den drei Jubilaren Skornia, Joh. Heidenreich und E. Heide die von der Filiale gestifteten Ehrendiplome für 25jährige Mitgliedschaft und für erfolgreiche Werbearbeit in der Organisation. Nach Ermahnungen an die jungen Kollegen diesen Jubilaren nachzusehen und dem Verbande fernerhin neue Mitglieder zuzuführen, nahm das Programm seinen Fortgang. Bei Musik, Liedern des Gesanges und humoristischen Vorträgen unterhielten sich die Teilnehmer auf das Beste bis zum Schluß des wohlgelungenen Festes.

Berufsunfälle

Hamburg. Am 8. August stürzte der Kollege J. Gehrt von einem Leitergerüst und zog sich erhebliche Verletzungen am Kopf, einer Schulter und den Armen zu. Abwurf erfolgte zwischen Wand und Gerüst. — Der Kollege R. Schilling stürzte von einem aus zwei Etagen und einem Brett bestehenden Gerüst, das umfiel, erlitt einen Fersenbeinbruch. — Einen ähnlichen Unfall litt die unorganisierte Gehilfen Rohde und M. M. er, gleichfalls durch Sturz von einem Innengerüst brach den rechten Fuß, während L. mit leichteren Verletzungen davonkam.

Oberstein. (Haufverbrennung durch Leitergerüst). Hier hat sich kürzlich ein eigenartiger Berufsfall zugetragen. Der Kollege Will trug auf dem Weg zur Arbeit ein Kännchen mit Terpentinöl am Arm. Der Verschluss, ein Blechdeckel, mußte für Transport gelöst haben, so daß sich der Inhalt, ohne daß der Kollege etwas davon bemerkte, vermutlich nur in weißer, auf seine Kleidung ergoß. Schon bei der Verletzung fühlte er wiederholt ein brennendes Jucken in der Gegend, dem er jedoch keine besondere Bedeutung beigemessen. Als die Schmerzen dann immer größer wurden, rief er Kollege W. abends nach der Ursache um und wurde seinem Erstaunen, daß sich eine Wunde von 25 bis 30 cm Durchmesser gebildet hatte. Ein sofort herbeigerufenen Arzt stellte Verbrennung und Verätzung fest. Der Kollege konnte sich nicht entsinnen, mit einem Stoff in Berührung gekommen zu sein. Erst durch eingehende Untersuchung der Kleidung wurde einmal festgestellt, daß die Verbrennung durch den Terpentin hervorgerufen worden war. Kollege Will ist nun über 14 Tage erwerbsunfähig. — Dieser Vorfall unsere Kollegen zu größter Vorsicht gegen die unverschiedensten Phantasiennamen in den Handel gebrachten Verdünnungsmittel ermahnen. Es ist vielleicht zweckmäßig, wenn in allen Fällen, wo eine Gesundheitsgefährdung ein neues Material festgestellt ist, in der Fachpresse genauer Bezeichnung von Name und Herkunft auf Schädlichkeit aufmerksam gemacht wird.

Baugewerbliches

Berlin baut 6000 Wohnungen. Der Berliner Bauhaushaus hat in seiner Sitzung vom 17. August beschlossen, das Bauprojekt von 6000 Wohnungen (Zwei-, Drei- und vierzimmerwohnungen nebst Zubehör sowie mit Zentralheizung und Warmwasserversorgung) sobald wie möglich

Laßt unsern Ruf nicht ungehört verhallen, agitiert unermüdet für Euren Verband!

... Bauberr soll eine zu bildende gemeinnützige Gesellschaft sein, die das Baukapital besorgen, die Grundstücke von der Stadt kaufen und die Wohnungen gegen eine jährliche Pachtsumme auf 26 Jahre an die Stadt verpachten soll. Mit Ablauf der Pachtzeit gehen Grund und Boden nebst Grundstücken schulden- und lastenfrei an die Stadt über. — Leider ist nicht damit zu rechnen, daß sofort mit dem Bau begonnen werden kann. Zwar dürfte prinzipiell schon heute entschieden sein, daß der Zuschlag für die Ausführung gleichmäßig an die Gehag (Gemeinnützige Heimstätten-, Spar- und Bau-V.-G.) und an die Berlinische Bodengesellschaft (Lenz & Co., phil. Holzmann u. G. und Richter & Schädel) erfolgen wird. Während aber die Gehag, hinter deren Angebot die Gewerkschaften und die Arbeiterbank stehen, die Häuser auf 26 Jahre im eigenen Betrieb verwalten will, rechnen die privaten Bauunternehmer nur mit der Bauausführung und hoffen auf einen möglichst großen Gewinn. Da beide Firmen mit amerikanischem Kapital arbeiten, dürften sich Verhandlungen über die Vertragsbedingungen mit den amerikanischen Geldgebern noch geraume Zeit hinziehen. Das ist um so bedauerlicher, wenn dadurch die Inangriffnahme der umfangreichen Vorarbeiten bis über den Winter hinausgeschoben werden sollte.

Eine Dauerausstellung der deutschen Bauwirtschaft in Berlin. Nach Erledigung umfangreicher Vorarbeiten scheint der Plan einer großen deutschen Dauerausstellung für alle Zweige der Bauwirtschaft in Berlin vom Jahre 1930 ab in der Verwirklichung entgegenzugehen. Träger der Ausstellung soll die gesamte deutsche Bauwirtschaft sein. Sie soll weit über das sonst übliche Maß ein Lehr- und Anbauungsbild bieten, das in dauernder Lebendigkeit alle Gebiete des Bauwesens zeigt. Zur Darstellung gelangen: Die Rohstoffe, Bau- und Ausbaustoffe, ihre Gewinnung, Herstellung, Prüfung, Bearbeitung und Verwendung, die dazu nötigen Maschinen, Werkzeuge und Geräte;

Das Baugewerbe mit seinen Unterabteilungen Tiefbau, Hochbau, Bahn- und Straßenbahnbau; Die Installation, Beleuchtung und Heizung, Hygiene;

Die Garten-, Friedhofs- und Raumkunst;

Baukunst und Wissenschaft.

Als Ort der Ausstellung ist Berlin gewählt worden, nicht nur wegen der zentralen Lage und seiner Bedeutung als Reichshauptstadt, sondern auch wegen des weiten Entfernungsabstandes durch Vergabe des Ausstellungsgeländes in der Nähe und nicht zuletzt wegen der Zusage angemessener finanzieller Unterstützung durch den Berliner Magistrat. Der große Aufwand, der notwendigerweise mit einer Ausstellung für das Bauwesen verbunden ist, ließ es angezeigt erscheinen, die Veranstaltung für längere Zeit an einem Orte zu belassen und ihr den Charakter einer Dauerausstellung zu geben. Wenn die Erwartungen auf einen neuen Impuls zur Befruchtung des Wirtschaftslebens und zum Aufschwung des Wohnungsbaues zutreffen, dann wird auch die Arbeiterchaft ihr Teil zum Wohlgehen des Vaterlandes beitragen. Es ist immerhin bedauerlich, daß vorhandene Wohnungsnot nicht allein schon ausreichend um alle verfügbaren Kräfte zur Beseitigung der Notlage zu spannen.

Gewerkschaftliches

Vom Kampf gegen Arbeiterbetriebe.

Die Methoden des nach dem Kriege jählich entschlafenen Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie im Kampf gegen die Bürokratie wieder neu aufgenommen worden. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hatte im vorigen Jahre in Gemeinschaft mit den Spitzenorganisationen der Angestellten- und Arbeiterverbände unter diesem Namen eine Handelsgesellschaft gegründet, die den Gewerkschaftsbüros bei der Beschaffung von Bureauaterial mit Rat und Tat behilflich sollte. Das Wachsen der Gewerkschaftsbewegung und die Vielgestaltigkeit der Verwaltungsmittel ließen es notwendig erscheinen, vereinfachte Arbeitsmethoden in den Betrieben der Gewerkschaften zu bringen, Normen in Formulare und Bureauaterial zu schaffen und die sachmännlicher Beratung die Belieferung mit diesen Mitteln durch eine Zentralfstelle zu organisieren. Hier hat die Bürokratie bereits Musteralltägliches geleistet.

Schon gleich nach der Gründung der Bürokratie liefen die Organisationen gegen „das Beschaffungsbüro der Gewerkschaften“ Sturm. Nacheinander wurden die organisierten Fabriken von Ordnungsmaterial, Farbbindern, Klebpapier, Zubehör, Bleistiften usw. zum Lieferungsgegenstand. Die Bürokratie sollte erliegen, ehe sie die Front gewinn. Diese Anschläge mißlangen in ihrer ganzen Front. Heute lassen dieselben Fabriken, die im Anfang führend gewesen waren, ihre Reisenden und Vertreter regelmäßig zur Bürokratie gehen. In diesen mehr unterirdischen Kämpfen stellten sich vor allem die Fachblätter der Front gegen die Einrichtung der Gewerkschaften.

Ein ganz neuer Trick, der offensichtlich von der Front der Kleinhändlerorganisationen inspiriert wurde, wird neuerdings von gewissen Bezirksorganisationen im Kampfe gegen die Bürokratie benutzt. Die Herren Doktoren, die bei den Organisationen des Einzelhandels gute Stellen haben, wenden sich unmittelbar an die Gewerkschaften. In ausführlichen Schreiben wird auf hingewiesen, daß man „ausgerechnet“ den Gewerkschaften das nicht zugetraut haben würde, weil durch die Bürokratie der Einzelhandel „brokos“ gemacht würde. Es wird dann „angenommen“, daß „Ihre Gewerk-

schaft dieser Sache fernsteht“. Und dann wird „ergebnislos“ entsprechende Schritte gegen diese Einrichtung“ auch bei „Ihren Spitzenorganisationen“ zu unternehmen. Die örtlichen Gewerkschaften sollen also gegen ihr eigenes Unternehmen vorgehen.

Einige örtliche Gewerkschaftsverwaltungen haben den Herren Antworten zukommen lassen, die sicher diese „Mittelstandsreiter“ nicht befriedigen. Es wird vor allem darauf hingewiesen, daß die Bürokratie als Regulator der teilweise außerordentlich hohen Preise, die von den Gewerkschaften bisher genommen wurden, eine volkswirtschaftliche Aufgabe erfüllt. Die Bürokratie mache niemand „brokos“, diese aber einer großen Zahl von männlichen und weiblichen Angestellten und Handelsarbeitern, Mechanikern usw. willkommenen Arbeitsgelegenheit. Erfreulich ist es dabei, daß die Gewerkschaften überall im Reiche energisch für die Interessen ihres eigenen Unternehmens eintreten, unbekümmert um das Geschwätz von der „kalten Sozialisierung“ und das Hirngespinnst der „Mittelstandsvernichtung“.

Auch dieser Trick in der Bekämpfung von Arbeiterunternehmen wird versagen. Die Gewerkschaften haben in ihren wirtschaftlichen Eigenunternehmen vorbildliche Einrichtungen geschaffen. In der Erkenntnis, in der Solidarität und der Tatsache, daß die Gewerkschaften unabhängig betriebl. die Kaufkraft der Arbeitermassen zu heben, liegt die Gewähr, daß sich die Arbeiterunternehmen trotz aller Anfeindungen hoch entwickeln werden. Davon wird auch die Bürokratie keine Ausnahme machen.

Arbeitszeitstreit bei den Reichsverwaltungen. Wie wir vom Zentralverband der Angestellten erfahren, sind die seit Monaten zwischen Reichsregierung und den Angestelltenverbänden schwebenden Verhandlungen über die Bezahlung der Überzeitarbeit am 13. August gescheitert. Das Angebot der Ressorts konnte die Zustimmung der Verbände nicht finden, weil nach ihrer Ansicht damit den gesetzlichen Bestimmungen keineswegs Rechnung getragen wird. Die Tariforganisationen haben deshalb am 15. August das Reichsarbeitsministerium angerufen und die beschleunigte Durchführung des Schlichtungsverfahrens beantragt.

Eine neue Parole für die „Gewerkschaftszellen“ hat das Zentralkomitee der KPD. in einem Rundschreiben Nr. 31 herausgegeben. Darin werden den Anhängern Anleitungen zur Berichterstattung über die Verhandlungen des KPD-Kongresses und zur Auswertung der Tagung in den Gewerkschaftsversammlungen gegeben. Es heißt da u. a.:

„Obwohl es richtig ist, daß sich die englischen Gewerkschaftsführer wesentlich nicht von den andern reaktionären Amsterdamer Führern unterscheiden, ist es in dieser Situation nicht zweckmäßig, wenn in unserer Parteipresse alle in einen Topf geworfen werden. In erster Stelle geht es klarzustellen, daß die Reaktion auf dem KPD-Kongress in Amsterdam (I) ihre hervorragendsten Vertreter in den deutschen Gewerkschaftsführern findet. Wir müssen darum bei der Berichterstattung erstens den Angriff richten vornehmlich auf die deutschen Vertreter und die reaktionären Strömungen, die im KPD vorherrschend sind; zweitens aufzeigen, daß die Amsterdamer Internationale mit der Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze unter Zunahme der Kriegsgefahr immer mehr in nationale Gruppen zerfällt, daß die Delegierten der einzelnen Länder immer offener als die Agenten der eigenen Bourgeoisie auftreten.“

Dann wird gebührend darauf hingewiesen, daß in Amsterdam Differenzen zutage getreten seien. Bei der Berichterstattung ist scharf auf „die lokale sozialdemokratische Presse beziehungsweise die Ausführungen der lokalen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer“ zu achten, „damit die Polemik gegen die Amsterdamer Internationale . . . lebendig gemacht werden kann“, usw. usw. Diese Anregungen werden ja in den vielen Bezirkssekretariaten noch vervollständigt werden und dann wird der gewohnte Text in allen Versammlungen zur Verlesung kommen. Dadurch dürfen sich überzeugte Gewerkschafter nicht einschüchtern lassen. Diese auf höheren Befehl ins Leben gerufene „offiziell organisierte Opposition“ verfolgt andere Interessen. Während die KPD-Presse mit spaltenlangen Artikeln nicht mehr auskommt, und dem Kampf gegen die rechte und linke Opposition in den eigenen Reihen täglich ganze Seiten widmen muß, können es die Strategen dort doch nicht lassen, unausgesetzt an der Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu rütteln. Aber es kommt nicht darauf an, was man im täglichen, gewerkschaftlichen oder politischen Leben zu erstreben vorgibt, maßgebend ist das, was erreicht wird. Und der Erfolg des Herunterreißen aller gewerkschaftlichen Tätigkeit zeigt sich bis jetzt nur in der Fähigkeit, mit der Indifferenz sich unter Berufung auf die vielen Verdächtigungen ihrer Organisierung entziehen. Besonders gut macht sich in dem oben erwähnten Rundschreiben der Hinweis auf den beginnenden Zerfall in „Gruppen“. Uns deutet, daß der Zerfall in Gruppen dort weit über das Anfangsstadium hinausgewachsen ist.

Sozialpolitisches

Höchstbezugsdauer der Erwerbslosenfürsorge. Im Reichsarbeitsblatt vom 10. August nimmt das Reichsarbeitsministerium in einer Bekanntgabe an die obersten Landesbehörden für Erwerbslosenfürsorge erneut zu der Höchstbezugsdauer der Erwerbslosenfürsorge Stellung. Für das Spinnstoff- und Vertriebsgewerbe wurde bekanntlich im April die regelmäßige Bezugsdauer der Erwerbslosenunterstützung auf 26 Wochen festgesetzt. Nun wird die Höchstbezugsdauer für Unterfützung wegen mangelnder Beschäftigungsmöglichkeit für Arbeiter allgemein, und für Sticker und Posamentenarbeiter im Freistaate

Sachsen auf 30 Wochen verlängert. Wenn die Verhältnisse in der Stickerei und in der Posamentenindustrie im Bereich anderer Länder ebenso ungünstig liegen wie in Sachsen, so soll auch in diesen Gebieten die Höchstbezugsdauer der Unterfützungen für diese beiden Berufsarten 30 Wochen betragen. Weiter heißt es in der Bekanntmachung: „Zu den Berufen, deren Beschäftigungsmöglichkeiten seit längerer Zeit nicht mehr als „besonders ungünstig“ bezeichnet werden können, die vielmehr seit längerer Zeit nach der Statistik der Fachverbände sehr erheblich günstiger stehen als der Durchschnitt aller Berufe, gehören insbesondere der Bergbau und das Reinigungsgewerbe. Für diese beiden Berufe muß es daher künftig bei der regelmäßigen Bezugsdauer bewenden. . . Im Baugewerbe und seinen Hilfsbetrieben einschließlich der Baustoffherzeugung kann die Arbeitsmarktlage im ganzen ebenfalls nicht mehr als ungünstig bezeichnet werden.“ Das Reichsarbeitsministerium kommt jedoch bezüglich der Gruppen Baugewerbe und Industrie der Steine und Erde noch zu keinem Ergebnis, sondern ersucht die Landesbehörden, die Arbeitsmarktlage in diesen Berufen noch einmal daraufhin zu prüfen, ob nicht die Bezugsdauer zum mindesten für die Facharbeiter auf 26 Wochen eingeschränkt werden muß. Da unser Malergewerbe zu den Hilfsbetrieben des Baugewerbes zählt, wird diese Frage demnächst auch für unsern Beruf wieder brennend. Wir müssen deshalb fordern, daß die Prüfung unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse vor sich geht. Dabei darf nicht übersehen werden, daß selbst Facharbeiter nicht dauernde und durchgehende Arbeitsgelegenheit finden konnten und eine Verkürzung der Bezugsdauer gerade die Armen der Armen besonders hart treffen würde. Die Landesbehörden sollten deshalb ihre Beschlüsse nicht ohne Zuhilfenahme mit den zuständigen Berufsorganisationen fassen.

Die Massensteuern als Konjunkturbarometer. Noch in keinem Monat seit der Stabilisierung haben die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchsabgaben eine solche Höhe erreicht, wie im Juni dieses Jahres. Die nachstehende Tabelle gibt uns nicht nur eine Uebersicht über die ungeheure Belastung der arbeitenden Bevölkerung, sondern sie zeigt auch den Verlauf der gegenwärtigen Konjunkturkurve. Die große Summe der Zolleinnahmen deutet auf eine wesentliche Steigerung der Einfuhr hin, die nur durch einen Aufschwung der Industrie erklärt werden kann. Es gingen ein in Millionen Mark:

Monatsdurchschnitt	Beförderungsteuer	Sohnsteuer	Tabaksteuer	Biersteuer	Zölle und Verbrauchsabgaben insgesamt
4. Quartal 1926...	26,9	99	74	21	223
Januar 1927.....	25,7	104	61	3	235
Februar 1927....	24,4	80	60	13	197
März 1927.....	22,4	81	71	22	236
April 1927.....	25,9	92	54	23	210
Mai 1927.....	27,6	100	61	29	238
Juni 1927.....	28,9	108	59	27	239

Die Tabak- und Biersteuer ausgenommen, wird die Besserung der deutschen Wirtschaft im Spiegel dieser Zahlen offenbar. Die Umsatz-, Beförderung-, Wechselstempel-, Lohn-Steuer, Zölle und Verbrauchsabgaben haben im ersten Quartal des laufenden Rechnungsjahres mehr als 60 % der gesamten Reichseinnahmen gebracht. Daraus geht unzweifelhaft hervor, daß die öffentlichen Einnahmen in der Hauptsache von der arbeitenden Bevölkerung getragen werden.

Vom Ausland

Konferenz der Berufsinternationalen am 29. und 30. Juli in Paris.

Diese Konferenz hatte sich in der Hauptsache mit schwierigen organisatorischen Problemen zu beschäftigen; trotzdem liess ihr durchaus sachlicher, fast harmonischer Verlauf nicht vermuten, dass die allerdings nicht unbekanntlichen Differenzen im Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes so dessen unmittelbar danach stattfindendem Kongress so scharf und unangenehm hervortreten würden. Es handelte sich für die Berufsinternationalen darum, ob der seit dem Wiener Internationalen Gewerkschaftskongress im Jahre 1924 bestehende Zustand, dass die internationalen Berufssekretariate drei stimmberechtigte Vertreter in den Ausschuss des IGB. entsandten, bestehen bleiben oder mit dem Ziele auf völlige organisatorische Gleichstellung der internationalen Berufssekretariate mit den gewerkschaftlichen Landeszentralen im IGB. noch erweitert werden sollte, wie es ein an den internationalen Kongress gerichteter Antrag der österreichischen Gewerkschaftskommission verlangte.

Der Bericht der drei Vertreter der internationalen Berufssekretariate im Ausschuss des IGB. befriedigte nicht; denn da die Vertreter dort eigentlich nur ihre persönliche Auffassung hatten zum Ausdruck bringen können, weil keine Möglichkeit gegeben ist, Instruktionen von der Gesamtheit der Berufssekretariate entgegenzunehmen, musste auch ihr Einfluss im IGB. sehr gering sein. Nach sehr ausgedehnten Debatten drang schliesslich die Meinung durch, dass statt einer Erweiterung der Rechte der Internationalen Berufssekretariate im IGB. eine Zurückziehung der drei Vertreter das zweckmässigste sei, um so den klaren Aufbau des IGB. auf den gewerkschaftlichen Landeszentralen nicht zu beeinflussen, andererseits aber die Berufssekretariate als selbständige Organisationen mit ganz bestimmten Aufgaben neben dem Internationalen Gewerkschaftsbund bestehen zu lassen; damit sie — wie es in den von der Konferenz

ausserdem beschlossenen und vom internationalen Kongress bestätigten Richtlinien heisst — Hand in Hand mit dem IGB. arbeiten und die Beschlüsse der internationalen Kongresse und des Ausschusses in die Praxis umsetzen können. Die internationalen Berufssekretariate sollen jede Aktion, die Rückwirkungen, sei es auf den internationalen Gewerkschaftsbund oder die angeschlossenen Landeszentralen ausüben kann, nur im Einvernehmen mit dem IGB. beziehungsweise mit den betreffenden Landeszentralen in Angriff nehmen. Sie sollen in allgemeinen Fragen, die über das Gebiet der besonderen Berufsinteressen hinausgehen sowie in speziellen, die andern Gewerkschaftsorganisationen betreffenden Fragen nicht selbständig vorgehen, mindestens aber keine endgültigen Beschlüsse fassen.

Ferner wurde bestimmt, dass alljährlich unter Leitung des Vorstandes des IGB. eine Konferenz der internationalen Berufssekretariate stattfindet, die zeitlich und örtlich mit der jährlichen Sitzung des Ausschusses des IGB. verbunden ist. Soweit die Sitzung des Ausschusses den Tätigkeitsbericht des Vorstandes und das Aktionsprogramm für das kommende Jahr zu erledigen hat, nehmen die Vertreter der internationalen Berufssekretariate mit beratender Stimme an der Ausschusssitzung teil. Schwierigkeiten, die in der Periode zwischen den beiden Konferenzen entstehen, sind vom Vorstand des IGB. zu regeln. Dieser kann ferner aber auch, wenn notwendig, weitere Konferenzen einberufen. Die internationalen Berufssekretariate nehmen ferner an den internationalen Gewerkschaftskongressen mit beratender Stimme teil und können in den Sitzungen der Kommissionen der internationalen Gewerkschaftskongresse anwesend sein.

Diese Regelung, die noch in weiteren Details bestimmt festgelegt worden ist, ist zweifellos zweckmässiger und folgerichtiger als der bisherige Zustand, der, wie oben schon gesagt, auf der einen Seite den Berufssekretariaten keine Gelegenheit zu bestimmten Beratungen und Beschlüssen gab, auf der andern Seite ihnen durch die drei Vertreter im Ausschuss des IGB. aber auch keinen nennenswerten Einfluss auf die Gestaltung der Geschäfte des IGB. sicherte, ein Zustand, der übrigens auf der Wiener Konferenz von einem grösseren Teil der Berufssekretäre schon vorausgesehen wurde. Durch die jetzt getroffene Regelung wird den internationalen Berufssekretariaten die Möglichkeit gegeben, sich über die gesamte Tätigkeit des IGB. regelmässig zu unterrichten, andererseits aber auch ihre besonderen Angelegenheiten in den ausschliesslich zu diesem Zwecke stattfindenden Konferenzen zu behandeln.

Der österreichische Vorschlag, der die Berufssekretariate als gleichberechtigt neben den gewerkschaftlichen Landeszentralen im IGB. gelten lassen wollte, wurde mit einer einstimmigen Grenzender Mehrheit abgelehnt und der Aufbau des IGB. auf der Grundlage der Landeszentralen ausdrücklich als die einzig richtige Form des IGB. anerkannt.

Im übrigen enthalten die getroffenen Richtlinien noch Bestimmungen über den Anchluss der einzelnen Gewerkschaften an die Berufssekretariate und verschiedenes anders ohne allgemeinere Bedeutung mehr.

Der Niederländische Gewerkschaftsbund macht in der jüngsten Zeit erfreuliche Fortschritte. Am 1. Juli war die Zahl von 200 000 Mitgliedern wieder überschritten, nachdem die schweren Krisenjahre hier wie allerwärts einen wesentlichen Rückschlag gebracht hatten. Von 1919 auf 1920 war die Mitgliederzahl sprunghaft von 190 000 auf 250 000 hinaufgeschwollen, um dann 1924 den Tiefstand mit 180 000 Mitgliedern zu erreichen. Seitdem geht es langsam, aber stetig wieder aufwärts. Der Niederländische Gewerkschaftsbund fing seine Tätigkeit am 1. Januar 1906 mit 18 900 Mitgliedern in 11 Verbänden an. 10 Jahre später zählte er bereits 35 Verbände mit über 100 000 Mitgliedern, um jetzt, nach 21 Jahren, wenn man von den Ausnahmejahren nach Kriegsende absieht, auch die 200 000 zu überschreiten. Er verfügt ohne den Streikfonds über ein Vermögen von 9 Millionen Gulden und zählt über das Doppelte an Mitgliedern, als alle andern gewerkschaftlichen Zentralen des Landes zusammen, so dass er heute in der niederländischen Gewerkschaftsbewegung der ausschlaggebende Faktor ist.

Arbeiterversicherung

Die richtigen Marken kleben! Nach Artikel 1 des Gesetzes über Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung vom 8. April 1927 sind die Invalidenversicherungsbeiträge mit Wirkung vom 27. Juni an erhöht worden. Nach Artikel 5 des Gesetzes sind vom 1. August 1927 an die Invalidenversicherungsbeiträge auch für Beitragszeiten vor dem 27. Juni 1927 nach den neuen Vorschriften zu entrichten.

Quittungskarten, die vom 1. August 1927 ab ausgestellt werden, dürfen auch für die rückliegenden Zeiten keine alten Marken mehr enthalten, weil nach den neuen Bestimmungen vom 1. August 1927 an alle Marken gültig nicht mehr verwendet werden können.

Gemäss § 1411 Absatz 3 der Reichsversicherungsordnung können ungültig gewordene Beitragsmarken innerhalb 3 Monaten nach Ablauf der Gültigkeitsdauer, das ist bis 26. September 1927, bei den Verkaufsstellen gegen Marken neuen Wertes umgetauscht werden. Nach dem 26. September 1927 findet ein Umtausch oder eine Erhaltung des Wertes überhaupt nicht mehr statt.

Bekunden sich in Quittungskarten für die Zeit vom 27. Juni 1927 an alte Marken, so können diese berichtigt werden; der Wert solcher alten Marken kann jedoch nur bis zum Ablauf der Umtauschfrist (26. September 1927) bei der Berichtigung angerechnet werden, da sie nach diesem Tage wertlos sind.

Bemerkt sei noch, dass die Lohnklasse VII und der dazu gehörende Wochenbeitrag erst vom 1. Januar 1928 an gelten.

Bei der freiwilligen Weiterversicherung ist zu beachten, dass die Beiträge nach dem Gesetz vom

FACHBLATT DER MALER

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM

Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum

Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 7 oder mehr farbig. Tafeln, Illustrationen. Beilage mit Meinungsaustausch und fachtechnischen Mitteilungen

Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen!

28. Juli 1925 in der „dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Lohnklasse, mindestens aber in der Lohnklasse II“ entrichtet werden sollen. Eine Beitragsleistung nach Lohnklasse I ist bei der freiwilligen Weiterversicherung nach wie vor grundsätzlich ausgeschlossen.

Fachtechnisches

Ueber „die Explosions- und Feuergefahren bei Lackieren sowie Massnahmen zur Abwendung dieser Gefahren“ bringt das „Reichsarbeitsblatt“ Nr. 23 vom 10. August 1927 einen mit Abbildungen versehenen Artikel vom Gewerberat Werbach in Wobwinkel. Der Verfasser weist durch Schilderung von Explosionen und Bränden aus neuerer Zeit auf die Gefährlichkeit der Ofenlacktechnik hin. Seine Ausführungen erfordern die schärfste Aufmerksamkeit unserer Berufs Kollegen, um so mehr, da die neuen Lacke und die immer mehr sich ausbreitende Spritztechnik zu vermehrter Anwendung des Trockenverfahrens im Lackierofen führen. Wirden diese schnell trocknenden Lacke bei der schnellen Verflüchtigung einzelner Bestandteile und der Entwicklung gesundheitschädlicher Dämpfe an und für sich schon eine große Gefahr bei der Verarbeitung, so kann die Anhäufung von frischlackierten Gegenständen bei einer Entzündung in der unsachgemässen Anlage eines Lackierofens zu folgenschweren Katastrophen führen. Die verwendeten Lacke sind Lösungen von Harzen in Alkohol, Holzgeist, Mineralölen oder Terpentinöl beziehungsweise Terpentinharz; beim Trocknen entwickeln sich durchweg explosive Dämpfe, das heisst, Dämpfe, die in einem bestimmten Mischungsverhältnis mit Luft außerordentlich starke Explosionswirkungen haben können. Das Trocknen im Ofen erfordert deshalb nicht nur die genügende Zuführung von frischer Luft, sondern auch eine sichere Ableitung der Lackdämpfe, die entweder direkt ins Freie oder in eine besondere Entlüftungsanlage führen müssen, aber auf keinen Fall zu den Feuerungsanlagen abgeleitet werden dürfen. Es ist weiter darauf zu sehen, dass Not- oder Explosionsventile vorhanden sind. Ganz unzulässig ist das Erwärmen von Lack im Lackierofen, um die zum Streichen oder Spritzen nötige Dünnflüssigkeit zu erzielen. — Es würde zu weit führen, wenn wir den lehrreichen Inhalt des Artikels auch nur einigermaßen erschöpfend wiedergeben wollten.

Alle Veröffentlichungen des „Reichsarbeitsblattes“ über Unfallverhütung und Gewerbehygiene werden in einer regelmäßigen Sonderausgabe „Arbeiterchutz“ gesammelt, die monatlich erscheint, der freien Aussprache dient, und der Beachtung aller zu empfehlen ist, die an dieser Materie interessiert sind. Im übrigen werden wir in der nächsten Ausgabe des „Lackierer“ des näheren auf die Ofenlacktechnik eingehen.

Literarisches

Als Arbeiterdelegierter in Rußland, von Arthur Koch, Meißbach. Verlag Auer & Co., Hamburg. Preis 30 S. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen. In dieser Broschüre schildert A. Koch objektiv und wahrheitsgemäß seine Erlebnisse als Teilnehmer der zweiten Arbeiterdelegation nach der Union der Sowjetrepubliken. Er verheißt nicht, daß die Darstellung seines lebenswichtigen Aufenthaltes das Leben und Erleben in dem ungeheuren Riesenreich nicht erschöpfend schildern kann und beschränkt sich auf das, was ihm auf der vorgedruckten Reise-

route und in den zur Beschäftigung ausgewählten Betrieben zu sehen bergangen war. So ist es nicht seine Schuld, wenn die Darlegungen den roßigen Erwartungen vieler Rußlandbegeisteter nicht entsprechen. Er zeigt aber, daß die mehrfach geäußerten Rechte der Offiziere mit der Berichterstattung beauftragten mit großer Vorsicht aufzunehmen sind und gibt die Begründung dafür, daß sich die russische Regierung die Anreiserlaubnisse für besonders vorgebildete und mit Sprachkenntnissen versehene Personen in jedem Einzelfall vorbehält. Wer sich über die tatsächlichen Verhältnisse orientieren will, der lese das Buch aufmerksam durch.

Kulturwille Nr. 8. Sonderheft — Reisen. Neben einzelnen grundsätzlichen Beiträgen dienen besonders Charakteristische Beispiele aus der modernen Reiseberichterstattung dazu, den Sinn für das Wesentliche, für das Sachliche und für logisches Schauen zu wecken. Vertreten sind mit Druckstücken: B. Trauben — Max Barthel — Fritz Kummer — A. D. R. — Peter Panter — Arthur Goldschlag — Egon Erwin Kisch — Ernst Hamsun — Hermann Hesse — Adolf Harkki u. a. Diese Nummer ist ungemein anregend und weckt geradezu das Verlangen, zu den einzelnen Berichten zu greifen. Die Arbeiterschule bringt einen Bericht über die Linzer Tagung, der Querschnitt kurze Beiträge über Max Plebermann, Käthe Kollwitz und Charles de Coster. — Der Kulturwille ist zu dem überaus niedrigen Preise von 1,20 M für das Halbjahr zu beziehen durch das Arbeiterbildungs-Institut Leipzig, Braunkstraße 17, und sollte von jedem interessierten Arbeiter gelesen werden.

Bekanntmachung

Nachdem auf die Bekanntmachung in Nummer 30 des „Maler“ aus den eingegangenen Bewerbungen durch Vorstand und Ausschuss als Bezirksleiter für den 1. Bezirk mit dem Sitz in Berlin der Kollege A. J. J. Schumann, Dresden, gewählt worden ist, macht sich eine Neuwahl für den Posten eines besoldeten Vorsitzenden der Filiale Dresden notwendig.

Es kommen für diese Stellung nur Kollegen in Frage, die rednerische und agitatorische Fähigkeiten besitzen, in allen Verbandsangelegenheiten auf das genaueste erfahren und in der Lage sind, die Filiale mit ihrem ausgedehnten Zustellengebiet zu leiten. Die Bewerber müssen unserm Verband mindestens 10 Jahre angehören.

Kollegen, die sich für diesen Posten bewerben wollen, werden gebeten, in dem Bewerbungsschreiben Angaben über ihre bisherige Verbandstätigkeit, über die Aufgaben eines Bevollmächtigten und den Aufbau der Organisation zu machen. Ein kurzer Lebenslauf ist erwünscht.

Die Bewerbungen sind handschriftlich, mit der Aufschrift „Bewerbung“, bis zum 12. September 1927 an unser Bureau in Dresden, Riesenbergstr. 2, 3. Etage, einzureichen. Der Vorstandsvorsitzende.

Sterbetafel.

Bielefeld. Am 5. August starb unser Kollege Wilhelm Weller im Alter von 38 Jahren an einem Herzleiden.

Bremen. Am 3. August starb unser Kollege Karl Leusmann infolge Herzschlags. — Am 9. August starb unser Kollege Heinrich Wilkens an Lungenerweiterung. Beide Kollegen waren langjährige Mitglieder unserer Organisation.

Danzig. Am 17. Juli starb unser Kollege, der Lackierer Friedrich Priebe im Alter von 53 Jahren an Bluterkrankung. — (Zahlstelle Marienburg.) Am 2. August starb unser Kollege Bernh. Czarneski im Alter von 29 Jahren.

Dresden. Am 1. August starb an Magenkrebs unser treuer Kollege Heinrich Heine im Alter von 59 Jahren.

Magdeburg. Am 7. August starb unser langjähriges Mitglied, der Kollege Wilhelm Fangerow im 42. Lebensjahre.

Rostock. Am 13. August starb plötzlich an einem Gehirnschlag unser langjähriges Mitglied, der Kollege Georg Kruse im Alter von 67 Jahren. Wir verlieren einen aufrichtigen und ehrlichen Kollegen. Ehre ihrem Andenken!

Vom 21. bis 27. August ist die 34. Beitragswoche.

Anzeigen

Lackierermeister

vollständig mit Spritzverfahren vertraut, gesucht. Nur tüchtige, umsichtige und erfahrene Herren wollen sich melden

Zeiss Ikon A.-G.

Fabriken für Foto- und Kinoindustrie, Dresden-Reick, Mägdelner Straße 40.

Malerfachschule Karlsruhe i. B.

Höhere Gewerbeschule. — Adlerstraße 29.

Das Wintersemester beginnt am 1. Oktober ds. Js. und dauert 5 Monate.

Anmeldungen bis spätestens 10. September erbeten. Auskunft erteilt Die Direktion.

DIE TECHNIK DER

HOLZMALEREI

12 FARBIGE TAFELN MIT 23 DARSTELLUNGEN, 17 ABBILDUNGEN U. INSTRUKTIVEN ERLÄUTERUNGEN MAPPE MIT TEXTTEIL - 18 MARK

Ansichtsexemplare liegen bei den Ortsverwaltungen aus. Bestellungen werden dort entgegengenommen oder vom Verlag: Fachblatt der Maler, Hamburg 36